©Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (ANL)

Die verseuchte Landkarte! Das „grenzen-lose" Versagen der internationalen Umweltpolitik?

Eine Beurteilung aus politikwissenschaftlicher Sicht

Bernd M. Malunat*

1. Prima-facie-Beweis für das Versagen der Umweltpolitik

Wenn man über die Wiesen und Felder oder durch die Wälder streift oder entlang der Bäche, Flüsse und Seen wandert – überall zeigt sich das gleiche Bild: gestörte oder schon zerstörte Natur, in großen Teilen irreversibel geschädigt. Um diese Art der Umweltzerstörung auszumachen, reichen gewöhnlich unsere Sinne, sie ist „mit Händen zu fassen". Doch dieses Bild ist zugleich trügerisch; um das *wahre* Ausmaß der Zerstörung der seit einiger Zeit sogenannten Mitwelt zu erfassen, reichen unsere vergleichsweise grob strukturierten Sinnesausstattungen bei weitem nicht aus. Selbst das sehr viel subtilere Instrumentarium der mit der Umwelt befaßten Naturwissenschaften ist nicht sensibel genug, die Störungen auch nur annähernd genau zu quantifizieren, geschweige denn exakt zu qualifizieren. Um die Interdependenzen auch nur eines winzigen Biotops darzustellen, ist der riesigste Computer nicht riesig genug. Und der Befund, der für unseren engeren Lebensraum gilt, gilt in ganz ähnlicher Weise auch für den globalen Lebensraum, nur eben in entsprechend akkumulierter Weise: darauf bezieht sich die Metapher von der „verseuchten Landkarte" [1].

Die Sozialwissenschaften sind, was die naturwissenschaftlichen Befunde und die Aussagen über den Zustand der globalen Umwelt anbelangt, zumeist auf fremde Ergebnisse angewiesen, die sich häufig nur über interdisziplinäre Kontakte oder die Literatur erschließen lassen. Vertraut man aber den sekundär gewonnenen Informationen, dann befindet sich die natürliche Umwelt in einem beklagenswerten Zustand. Die Umweltpolitik muß folglich – national wie international, also grenzenlos – versagt haben. Dieser Prima-facie-Beweis läßt sich jedenfalls vertreten, ohne Glaubwürdigkeitsverluste befürchten zu müssen. Freilich, der Anscheins-Beweis ist gar kein – echter – Beweis; er gilt allenfalls so lange, wie er unwiderlegt bleibt – und teilt insofern das Schicksal aller wissenschaftlichen Aussagen.

Eine *eindeutige* Aussage über den Zustand der Umwelt erscheint also nicht möglich; folglich ist auch keine eindeutige Aussage über Erfolg oder Versagen der Umweltpolitik zulässig. Möglich wäre allenfalls „Fliegenbeine" zu zählen, also eine Umweltzerstörung hier gegen eine erfolgversprechende Umweltmaßnahme dort „aufzurechnen". Doch dieses Verfahren führt nicht zum Beweis, es vermag auch niemanden froh zu stimmen, denn es berücksichtigt nicht die Umwelt als biologisches (Gesamt-)System, sondern allenfalls Systemausschnitte.

Betonenswert erscheint dagegen der Aspekt, daß von den Lebensbedingungen der Natur noch erschreckend wenig bekannt ist, daß die interdependenten, synergetischen und kumulativen Wirkungen anthropozentrischer Eingriffe noch kaum abzuschätzen sind und daß deswegen noch nicht einmal beurteilbar ist, wie es um die Lebens- und Überlebensfähigkeit der Natur steht. Und deshalb müßte Umweltpolitik selbst dann versagen, wenn sie sich wirklich um den Schutz der Natur bemühen würde. Der Anscheins-Beweis läßt sich aber erhärten; die „Rote Liste der ausgestorbenen Pflanzen und Tiere" [2] kann als Indizien-Beweis gelten, solange befriedigende kausale Erklärungen für das gravierende Artensterben, das als Beleg für das Versagen der Umweltpolitik angesehen werden muß, nicht zur Verfügung stehen.

Pedanten oder Zyniker könnten noch einwenden, daß das Versagen der Umweltpolitik endgültig erst dann bewiesen sei, wenn der letzte Baum verdorrt, der letzte Bach vergiftet ist. Doch selbst wenn man keinem allzu anthropozentrischen Natur-Verständnis anhängt, wird man diesem Einwand nicht folgen können, weil der Mensch nun einmal unabänderlich in der Natur, aus ihr und von ihr lebt, weil er auch Natur ist. Umweltpolitik versagt also nicht erst, wenn die Natur stirbt, sie versagt bereits dann, wenn sie dem Menschen kein lebenswürdiges Leben mehr zu gewährleisten vermag. Wer aber könnte noch bezweifeln, daß verseuchte Luft, verdrecktes Wasser und vergiftete Böden, aus denen unsere „Lebens"-Mittel entstehen und bestehen, die Grundnorm unseres Verfassungs-Systems, das in Art. 2 Grundgesetz garantierte (Fundamental-)„Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit" nämlich, aufweichen und allmählich auslöschen?

2. Hintergründe für das Versagen der Umweltpolitik

2.1 Der nationale bzw. internationale Charakter der Umweltmedien

Diese Überlegungen dürften den aufmerksamen Zeitgenossen hinlänglich vertraut sein; ernsthafte Zweifel scheinen nicht mehr angebracht. Von Bedeutung ist daher nicht mehr die Frage, ob die – internationale – Umweltpolitik versagt hat, von Bedeutung ist vielmehr, warum sie versagt hat und ob sie immer wieder versagen muß. Dazu einige einleitende Überlegungen, die – sonderbar genug – bisher kaum erörtert wurden. *Es geht um die Frage, ob die Umweltmedien nationalen oder internationalen Charakter aufweisen.* Die Überlegung erscheint zunächst akademisch,

* Vortrag auf dem Seminar „Manipulierte Natur – Lebensraum des Menschen" der Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege vom 15.-17. März 1989 in Dachau.

©Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (ANL)

weil die Richtung ihrer Beantwortung keinen Einfluß auf die Realität zu haben scheint; unabhängig davon, wie die Antwort ausfällt, die Umweltmedien werden davon nicht berührt. Dann aber kann die Antwort Aufschluß über vergangenes Verhalten und Hinweise für eine neue Ethik, für zukünftiges Verhalten geben.

Die angeschnittene Frage ist einfach und schwierig zugleich zu beantworten. Wäre es nicht so unbefriedigend, könnte man sagen, die Umweltmedien sein „sui generis", besonders, einzig also, eine Klasse eigener Art, denn das sind sie tatsächlich. Will man diesen nur scheinbar einfachen Ausweg vermeiden, dann muß man wohl zu dem Ergebnis gelangen, daß sie einmal national und dann wieder international zu sein scheinen – abhängig von dem Nutzen, den sie in der einen oder anderen Funktion stiften.

Betrachtet man die „typischen" *internationalen* Umweltmedien, also vor allem die Luft und das Wasser, in erschreckendem Ausmaß aber auch schon den Boden, wird man feststellen, daß sie zwar tatsächlich keine Grenzen kennen, dennoch national aber ungehemmt in Anspruch genommen werden; ihre Nutzung und Vernutzung ist also gewissermaßen „nationalisiert". Der „Vater des Gedanken" wird besonders deutlich, wenn sogenannte „ultra hazardous activities" in die Nähe eines Anrainerstaates gelegt werden (das gilt z.B. für einen großen Teil der europäischen Atomkraftwerke) [3]. Man wird also konstatieren müssen, daß die typischen internationalen Umweltmedien wenigstens für den Zeitraum der Verschmutzung nationalisiert werden, obwohl es sich doch eigentlich um „intergeneratives internationales Eigentum" handelt – zu dem es nach der Belastung dann auch wieder wird. Auf diese Medien konzentriert sich daher auch, was den Namen internationale Umweltpolitik beansprucht.

Daß die „typisch" *nationalen*, weil „ortsfesten" Umweltmedien, etwa die Wiesen und Wälder, aber auch die Rohstoffe, als nationales Eigentum angesehen werden, die mit vollem Recht genutzt und zernutzt werden dürfen, zählt zum allseits anerkannten Selbstverständnis und hat sich auch in der Stockholmer Umweltkonferenz der Vereinten Nationen (UNCHE) von 1972 niedergeschlagen [4].

Doch ist dies so selbstverständlich rechtens? Man bedenke etwa, daß von den Ernteüberschüssen weniger Gebiete der Erde, die natürlich unter nationaler Verfügung stehen – und in den USA sogar dem Nationalen Sicherheitsrat unterstellt wurden [5] –, das Leben und Überleben vieler Millionen Menschen anderer Weltgegenden abhängt. Darf man dann die Bodenfruchtbarkeit guten Gewissens, etwa durch chemisch-industrielle Anbaumethoden, aufs Spiel setzen, oder allgemeiner, darf man die Regenerationsfähigkeit der gesamten Natur durch die Wachstumswirtschaften hüben und drüben beeinträchtigen oder gar zerstören? Die oben angestellten Überlegungen gelten schließlich auch für andere Umweltmedien, etwa für die Wälder als Regulatoren des Wasser-, Sauerstoff- und Kohlendioxid-Haushalts, die beträchtlichen Einfluß auf das globale Klima haben und gravierende Veränderungen der Lebensbedingungen auf der ganzen Welt herbeiführen können [6].

Kann man die nationalen Umweltmedien also als nationales Eigentum ansehen? Wer glaubt, diese Frage bejahen zu sollen, muß sich darauf gefaßt machen, daß er eines Tages gezwungen sein könnte, Sauerstoff gegen Getreide tauschen zu wollen, wenn es dann noch Sauerstoff (und Getreide) gäbe und wenn man ihn tauschen könnte. Bekanntlich entsteht Sauerstoff bei der Photosynthese der grünen Pflanzen, insbesondere des Phytoplanktons der Weltmeere [7]; die Sauerstoffproduktion ist folglich abhängig von Art und Umfang des Pflanzenwuchses. Nun wird befürchtet, daß durch den Einfall von ultravioletter Strahlung durch das „Ozon-Loch" nicht nur in großem Umfang Hautkrebs und Augenkrankheiten ausgelöst, sondern auch das Wachstum der grünen Pflanzen einschließlich des Phytoplanktons wie auch des Getreides gestört werden könnte!

Wie immer man die Frage nach der Verfügbarkeit der Umweltmedien beantworten mag, unverkennbar scheint jedenfalls, daß eine Umweltpolitik, die sich an den internationalen Medien orientiert und die nationalen Medien als „eigene Angelegenheiten" außer acht läßt, zu kurz greift und daher auch scheitern muß [8].

Angebracht scheint in diesem Zusammenhang aber der Hinweis, daß die Umweltmedien dann, wenn sie wirklich als ausschließlich im nationalen Besitz betrachtet werden können, seit einiger Zeit einen sorgsameren Umgang erwarten dürfen; am Beispiel der Ressourcen, etwa am Erdöl, läßt sich diese These belegen. Daraus kann man folgern, daß mit der Umwelt sehr viel sorgfältiger umgegangen würde, wenn sie vollständig nationalisierbar wäre; da sie aber international ist, braucht man ihr diese Sorgfalt offenbar nicht angedeihen zu lassen.

Als „Nebenertrag" dieser Erörterungen ist manifest geworden, daß Umweltzerstörungen immer und ausschließlich national verursacht werden. Es gibt keine internationale Umweltzerstörung, bloß Nationalstaaten bzw. deren Agenturen (einschließlich der sog. Multinationalen Unternehmen), die die Umwelt weltweit beeinträchtigen und zerstören. Obwohl also ausschließlich nationale Umweltzerstörungen in Betracht kommen, ist es doch ganz offensichtlich notwendig, internationale Umweltpolitik zu betreiben. Bei konsequenter Anwendung des Verursacher-Prinzips, und mehr noch bei Durchsetzung des Vermeidungs-Prinzips, wäre die Notwendigkeit internationaler Umweltpolitik nämlich obsolet. Folglich ist das Paradoxon aufzulösen, daß internationale Umweltpolitik lösen soll, was nationaler Umweltpolitik nicht gelingt. Wenden wir uns also der Frage zu, was internationale Umweltpolitik leistet und was sie zu leisten hätte.

2.2 Was leistet gegenwärtig internationale Umweltpolitik?

Internationale Konferenzen und die dabei vereinbarten Ergebnisse sind zumeist auf eine bestimmte internationale Region begrenzt und werden daher auch nur von einem begrenzten Teilnehmerkreis besucht (wie etwa die Intern. Nordsee-Kon-

©Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (ANL)

ferenzen). Darüber hinaus sind die Akteure derartiger Bemühungen immer Vertreter nationaler Interessen, d.h. die Ergebnisse der Konferenzen müssen sich in der nationalen Politik vertreten lassen, dürfen den nationalen Konsensus, in der Regel also das Wachstums- und Wohlstandsziel, nicht verfehlen.

Den Wert derartiger – räumlich wie sachlich begrenzter – Regelungen sollte man zwar nicht unterschätzen, den Rang internationaler Umweltpolitik mag man ihnen gleichwohl nicht zuerkennen. Aufgrund der globalen ökologischen Interdependenzen kann man zurecht von internationaler Umweltpolitik nur dann sprechen, wenn auch global wirksame Maßnahmen zum Schutz der Umwelt verabredet werden können. Das aber bedingt die Anwesenheit (fast) aller Mitglieder der Staatengemeinschaft und es bedingt zugleich eine „Ökologisierung" der Umweltpolitik, d.h. Umweltpolitik darf sich nicht mehr bloß an den einzelnen Medien orientieren, sondern muß auf die globalen Wechselwirkungen des ökologischen Gesamtsystems zielen. Globale Konferenzen, wie sie etwa von den Vereinten Nationen und deren Unterorganisationen veranstaltet werden, leiden aber unter dem Zwang „dillatorischer Formelkompromisse", d.h. sie verabreden ein Minimum, hinter dessen wohlklingender Fassade sich mangelnder Konsens verbirgt, und häufig werden derartige Vereinbarungen von den wichtigsten Teilnehmerstaaten gar nicht unterzeichnet, geschweige denn in nationales Recht transformiert und vollzogen, weil es sich allenfalls um sog. soft law handelt, aus dem vielleicht irgendwann einmal verbindliches Recht werden wird [9].

Der Grund für das Versagen internationaler Umweltpolitik ist insoweit im Prinzip der souveränen Gleichheit der Staaten [10] auszumachen, denen es im Medium dieses völkerrechtlichen Grundsatzes erlaubt ist, ihren egoistischen nationalen Interessen nachzugehen; er ist wenigstens zum Teil aber auch darauf zurückzuführen, daß manche Staaten objektiv nicht über die Mittel verfügen, wirksamen Umweltschutz zu praktizieren. Internationale Umweltpolitik müßte daher die schwächsten Glieder der Staatengemeinschaft berücksichtigen, das heißt auch, sie kann nur dann erfolgreich sein, wenn solidarische internationale Politik auf allen Gebieten, also unter Einschluß zum Beispiel auch der Wirtschafts- und Handelspolitik, insbesondere gegenüber den Entwicklungsländern betrieben würde. Und erschwerend kommt schließlich noch hinzu, daß das internationale Bewußtsein kaum besser entwickelt sein kann als das nationale.

2.3 Überlegungen zum Begriff „international"

In diesem Zusammenhang auch einige Überlegungen zum Begriff „international", der offenbar andere Inhalte transportiert als dem Wortsinn zugrundeliegen. Etymologisch bedeutet Nation zunächst nur die Gemeinschaft der Gleichgeborenen, die sich allmählich dieses Status (stato, Staat) bewußt werden und zu einem Staat zusammenfinden; Staaten aber sind bloß ephemere, historisch amorphe Konfigurationen, denen nur geringe transtemporale Bedeutung zukommt. Gleichwohl verhalten sich die Staaten, die wichtigsten Akteure der internationalen Politik so, als ob sie weit mehr wären, als bloße Zweckgebilde zur besseren Organisation des Zusammenlebens der (aller) Menschen. Die Reduktion des Staates auf seinen Zweck würde es ermöglichen, die Beziehungen der (aller) Menschen in den Mittelpunkt zu rücken – dadurch könnte an die Stelle der Staatsräson menschliche Räson oder Humanität und damit letztlich auch ein anderes Verständnis von Umwelt treten, die als common heritage of mankind Lebensgrundlage aller Menschen sein und bleiben muß.

Diese Überlegungen sind keineswegs abstrakt. Man denke etwa an die erstrebte Gründung der Europäischen Union, die nicht nur die dann vereinigten Nationalstaaten hinfällig werden ließe, sondern auch mit dem Erbe wechselseitiger Umweltzerstörungen zurechtkommen müßte, ganz abgesehen davon, daß sich in der kommenden Gemeinschaft einmal auch völlig andere – soziopolitische und -ökonomische – Zielsetzungen entfalten könnten, die dann unter Umständen verwirkt wären, bevor sie in Angriff genommen werden können. Diese Zusammenhänge müßte Umweltpolitik eigentlich im Auge behalten, doch dafür sind die Staaten kaum die geeigneten Anwälte, weil sie zuvörderst das eigene Überleben und das ihrer Eliten im Auge haben, für die historische Dimensionen ohne Belang sind.

2.4 Wirtschaftspolitische Gründe für die Notwendigkeit internationaler Umweltpolitik

Abschließend noch in einer ganz knappen Skizze zu den in der Gegenwart ausschlaggebenden Gründen, die internationale Umweltpolitik notwendig machen und ihrem Erfolg zugleich im Wege stehen [11].

Die Welt hat viele Hochkulturen erlebt, doch soweit bekanntgeworden, haben sie keine tiefgreifenden Spuren hinterlassen; die wirksame Umgestaltung der Welt blieb dem modernen Europa vorbehalten. Ausgehend von der klassischen Antike, fortgesetzt im römischen Imperium und wiedergeboren im ausgehenden Mittelalter setzte die Aufklärung völlig neue Maßstäbe. Der Mensch, frei geboren und von geistlicher und weltlicher Bevormundung befreit, trat in den Mittelpunkt allen Geschehens, gesteuert durch seinen Vernunftswillen. Die vorgegebene Allordnung wurde durch die Wissenschaften als Aufgabe verdrängt, die alle Naturerscheinungen rational zu erklären und rationell zu lösen versuchten. Der befreite, durch die Wissenschaften geleitete Mensch vollbrachte binnen kurzer Fristen schier unglaubliche Leistungen. Die Zahl der Entdeckungen, Erkenntnisse und Erfindungen wuchs auf allen Gebieten – und im gleichen Maß verloren sich die Grenzen über die Geheimnisse der Natur. Das galt und gilt vor allem auch für die Technologie, die die Werkzeuge zur Verfügung stellte und stellt, die es den Menschen erlauben, immer tiefer in die Physis der Natur einzudringen. Der Homo faber ist dadurch zum strukturierenden Element der Neuzeit geworden; seinen Eingriffen scheinen

©Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (ANL)

keine Grenzen mehr gesetzt. Und es ist ihm gelungen, diesem neuen Paradigma, dem europäischen Wertesystem, zur weltweiten Dominanz zu verhelfen.

Die Fortschritte der Wissenschaften durften aber nicht abstrakt bleiben; der aufgeklärte Bürger wollte an den Erfolgen teilhaben, sie mußten sich verdinglichen. Die Möglichkeit, an den wissenschaftlich-technischen Fortschritten zu partizipieren, bietet allein die Wirtschaft, die Erkenntnisse in Waren umsetzt, durch deren Erwerb potentiell jedermann der Entwicklung teilhaftig wird. Das wirksamste Mittel aber, die Ergebnisse des Wirtschaftens jedermann zugänglich zu machen, bildet der Marktmechanismus, bei dem im Idealfall die Kaufkraft Angebot und Nachfrage zu einem optimalen Ergebnis steuert, und die Voraussetzung einer funktionierenden Marktwirtschaft bildet die freie Verfügbarkeit der Produktionsfaktoren sowie die Handelsfreiheit und der Freihandel. Damit waren die Grundlagen des Eigentümer-Konkurrenz-Kapitalismus gelegt, dessen Dynamik sich alle Welt anzupassen hatte. Sein hervorstechendstes Merkmal ist die Möglichkeit beständigen, unbehinderten Wachstums. SCHUMPETER hat dies durch den Typus des agilen Unternehmers, der durch „schöpferische Zerstörung" den Prozeß des Innovation vorantreibt, exemplarisch charakterisiert. Dieser Sachverhalt bildet auch den Grund dafür, daß industrielle Forschung und Anwendung politischen Abwehrmaßnahmen vorauslaufen (wie sich am Beispiel der Gen-Technologie belegen ließe). An wirklich präventive Umweltpolitik ist daher auch kaum zu denken; politische Maßnahmen müssen sich deshalb darauf beschränken, jeweils „neue Altlasten" in den Griff zu bekommen, solange nicht Technikfolgenabschätzung sowie Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen obligatorisch sind; sie können freilich ein Innovations-Hemmnis darstellen und damit als – unerwünschte – Wachstums-Bremsen wirken. Permanent positive Wachstumsraten, die aus Gründen des sozialen – vorgeblich auch ökologischen – Ausgleichs erforderlich sind, führen aber unausweichlich in die Katastrophe. Bei dem angestrebten Wachstum von jährlich 4% versechzehnfacht sich das Sozialprodukt innerhalb von nur 70 Jahren; im Falle der Bundesrepublik würde es also von gegenwärtig ca. 2 Billionen Mark auf ca. 32 000 000 000 000 Mark bis zum Jahre 2060 anwachsen müssen; das entspricht grob dem gegenwärtigen Sozialprodukt der ganzen Welt. Und natürlich wollen an diesem Wachstum, das Transformation von Natur durch Arbeit ist und Wohlergeben suggeriert, möglichst alle Staaten teilhaben.

Die internationale Konkurrenz um Wachstumschancen bildet aber den tieferen Grund dafür, daß die Industriestaaten nicht jene Umweltpolitik betreiben, die sie insgeheim für erforderlich und vielleicht sogar möglich halten, denn Umweltschutz wird noch immer als Kostenfaktor, als Nachteil im internationalen Wettbewerb gefürchtet. Internationale Umweltpolitik kann daher allenfalls dann erfolgreich sein, wenn dadurch Wettbewerbsverzerrungen nivelliert, nicht aber verschärft werden. Dieses Ergebnis aber läßt sich nicht erwarten, und wenn, dann allenfalls für die Industrieländer, keineswegs aber im Verhältnis zu den Ländern der sog. Dritten Welt.

Die Dritte Welt hat durch die Ausbreitung des aufklärerisch-europäischen Wertesystems die meisten Nachteile zu erleiden gehabt und weiter zu erleiden [12]. Von ihr ist daher kaum zu erwarten, daß sie unsere im Grunde noch immer „stille Liebe" zum Umweltschutz plötzlich zu ihrem eigenen Anliegen macht, denn was zählt angesichts manifesten Hungers und Verhungerns schon das Schicksal der Nachgeborenen, zumal in fernen, wohlgenährten Ländern?

3. Ausblick

Zur Titelfrage wird man feststellen müssen, daß die internationale Umweltpolitik grenzenlos versagt hat und weiterhin versagen wird, solange die Staaten die Symbolik des „Raumschiffs Erde" [13] nicht wirklich begreifen, erkennen, daß keine zweite Welt als Ersatzteillager zur Verfügung steht. Dabei kann die größte Umweltzerstörung erst noch vor uns liegen, wenn nämlich die unterentwickelte Welt mit einer nachholenden Industrialisierung die Entwicklung ihrer Wachstumsperiode beginnt [14]. Vorstellbar ist aber auch, daß die genuine Umweltzerstörung erst mit der Durchsetzung der Gen- und Bio-Technologien beginnt, in einer dann für unvorstellbar gehaltenen Dimension, weil sie wohl auch vor den Menschen nicht haltmachen werden.

Je näher das Ende rückt und je unwahrscheinlicher die Chancen der Rettung werden, desto leichter wird sich die Einsicht durchsetzen, daß weniger mehr ist; erst dann erhält der Umweltschutz jenen Stellenwert, den das Wachstum noch immer einnimmt. Dies ist ein pessimistisches Szenario, in dem sich die menschliche Unvernunft der unterbrochenen, hoffentlich nicht abgebrochenen Aufklärung spiegelt [15].

Viele Schlachten wurden bereits verloren, doch wir wissen nicht, wieviele Niederlagen uns noch erlaubt sind. Das schon längst nicht mehr BLOCH'sche *„Prinzip Hoffnung"* gilt noch [16], doch ein Hoffnungsträger ist nicht in Sicht. Der heraklitische „Krieg als Vater aller Dinge" hat – hoffentlich – als Fortschrittsträger ausgedient; er mag noch in der Lage sein, einige technische Fortschritte zur Eindämmung des technischen Fortschritts zu zeugen, doch wer bändigt diese Fortschritte? Nach Harrisburg und Tschernobyl kann man auch nicht mehr auf die kleinen oder großen Katastrophen bauen, die mehr bewirkt haben sollen, als alle gelehrten Traktate. Wie groß muß die Katastrophe sein, um daraus – noch – Hoffnung schöpfen zu können? Wenn das AKW Stade „durchgehen" sollte, würde hierzulande zwar die Atomenergie von einem Tag zum anderen abgeschafft – aber eben erst dann, als symbolischer Akt, weil die Überkapazitäten in der Energieversorgung diesen Schritt erlauben. Gleiches gilt keineswegs für die anderen Wirtschaftsbranchen, in deren strukturelle Zwänge wir ökonomisch eingewebt sind – das Ozon-Loch ist mindestens ebenso virulent wie der atomare Fallout, den uns Tschernobyl noch immer beschert.

©Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (ANL)

Wenn Hans JONAS sein *„Prinzip Verantwortung“* nun plötzlich an das „Prinzip Hoffnung“ knüpft [17], so keinesfalls in der Erwartung einer frohen Zukunft, sondern nur in der illusionslosen Erwartung, daß das „Prinzip Zufall“ rechtzeitig den Messias gebären möge. „Realistisch gesehen haben wir keine Chance. Vom Gefühl her bin ich trotzdem Optimist“ (Hans-Peter DÜRR).

4. Anmerkungen/Literatur

1) Vgl. dazu ausführlicher P. C. MAYER-TASCH (Hrsg.) (1986): Die Luft hat keine Grenzen. Internationale Umweltpolitik: Fakten und Trends; Frankfurt.

2) „Rote Liste der gefährdeten Tiere und Pflanzen“, hrsg. von der Bundesforschungsanstalt für Naturschutz und Landschaftsökologie, Greven 1984.

3) Vgl. dazu ausführlicher A. RANDELZHOFER/B. SIMMA (1986): Das Kernkraftwerk an der Grenze. Eine „ultra-hazardous activity“ im Schnittpunkt von internationalem Nachbarrecht und Umweltschutz; in: Festschrift für Friedrich Berger, hrsg. von D. BLUMENWITZ/A. RANDELZHOFER, München.

4) Vgl. dazu etwa B. HEINEN (1987): Notwendigkeit, Chancen und Grenzen internationaler Umweltpolitik; Münster (MS), insb. S. 43 ff.

5) Vgl. dazu P. J. OPITZ (1982): Weltprobleme; München 1982 (2. Aufl.), S. 25.

6) Vgl. dazu den Zwischenbericht der ENQUENTE-Kommission (1988): „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“; abgedruckt in: Zur Sache 5/1988, Bonn, sowie den 2. Bericht (1990): „Schutz der tropischen Wälder. Eine internationale Schwerpunktaufgabe“; abgedruckt in: Zur Sache 10/90, Bonn

7) Vgl. dazu B. RÜSTER: Freiheit der Meere – auch zur Verschmutzung?; in: P. C. MAYER-TASCH (Hrsg.) (1986): a. a. O. (Anm. 1), S. 29 ff., insb. S. 35.

8) Vgl. dazu ausführlicher P. C. MAYER-TASCH / F. KOHOUT / B. M. MALUNAT / K. P. MERK (1987): Die verseuchte Landkarte. Das grenzenlose Versagen der internationalen Umwelt-politik; München.

9) Ausführlicher A. VERDROSS / B. SIMMA (1984): Universelles Völkerrecht; Berlin 1984 (3. Aufl.), S. 502 ff.

10) Art. 1 Satzung der Vereinten Nationen.

11) Vgl. zum Folgenden ausführlicher: B. M. MALUNAT (1988): Weltnatur und Staatenwelt. Gefahren unter dem Gesetz der Ökonomie; Zürich/Osnabrück, mit weiteren Nachweisen.

12) Vgl. dazu B. M. MALUNAT, a. a. O. (Anm. 11), S. 102 ff.

13) Diese Metapher stammt von K. BOULDING (1966): The Economics of the Coming Spaceship Earth; in: H. JARRET (Ed.): Environmental Quality in a Growing Society; Baltimore.

14) Diese Konzeption findet sich entwickelt bei W. W. ROSTOW (1960): Stadien wirtschaftlichen Wachstums. Eine Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie; Göttingen.

15) Vgl. erneut B. M. MALUNAT, a. a. O. (Anm. 11), insb. S. 52 ff.

16) E. BLOCH (1978): Das Prinzip Hoffnung (2 Bde), Frankfurt 1978 (5. Aufl.).

17) Vgl. seine Rede „Hoffnung wächst aus der Verantwortung für die Welt“ anläßlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 1987.

Anschrift des Verfassers:

Akademischer Rat
Dr. Bernd M. Malunat
Geschwister-Scholl-Institut
für politische Wissenschaft
der Universität München
Ludwigstraße 10
8000 München 22

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: Berichte der Bayerischen Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege (ANL)

Jahr/Year: 1990

Band/Volume: 14_1990

Autor(en)/Author(s): Malunat Bernd M.

Artikel/Article: Die verseuchte Landkarte! Das "grenzen-lose" Versagen der internationalen Umweltpolitik? 17-21